

SPERRERIST, DONNERSTAG, 24. SEPTEMBER 1992, 1200 UHR WASHINGTONER  
ZEIT (1800 UHR SCHWEIZER ZEIT)

**ERKLAERUNG VON HERRN BUNDESRAT**

**OTTO STICH,**

**VORSTEHER DES EIDGENOESSISCHEN FINANZDEPARTEMENTS,**

**ANLAESSLICH DER JAHRESTAGUNGEN DER**

**BRETTON WOODS-INSTITUTIONEN**

**(Washington, 24. September 1992)**



Herr Vorsitzender,  
Herr Direktor und Herr Präsident,  
Sehr geehrte Gouverneure,  
Meine Damen und Herren,

Am 17. Mai 1992 setzte der schweizerische Stimmbürger einen Markstein: Er beschloss, der mehr als 40-jährigen Abwesenheit unseres Landes von den Bretton Woods-Institutionen ein Ende zu setzen. Es ist einmalig in der Geschichte des IWF und der Weltbankgruppe, dass der Beitritt eines Landes ausdrücklich von dessen Bevölkerung genehmigt werden musste. Es verleiht dies unserer Mitgliedschaft eine besondere Legitimation.

Mit dieser Entscheid sanktionierte der Stimmbürger eine seit geraumer Zeit vom schweizerischen Bundesrat verfolgte Politik der Oeffnung gegenüber Europa und gegenüber der Welt. Diese Politik ist darauf ausgerichtet, den tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre, die unser Leben in der Schweiz mitbeeinflussen, Rechnung zu tragen. Rechnung tragen impliziert jedoch Mitwirkung, Mitwirkung bei den wichtigsten multilateralen Entscheidträgern. Kein Zweifel, in Fragen der Währungsstabilität ist dies der Internationale Währungsfonds, und die Weltbankgruppe ist ihrerseits der bedeutendste Träger der internationalen Solidarität zur Förderung des Entwicklungsprozesses. Die Schweiz, als Land der direkten Demokratie und der aktiven Mitwirkung seiner Bürger, konnte und wollte bei diesen wichtigen Institutionen nicht abseitsstehen.

Es erfüllt mich deshalb mit Genugtuung und Freude, hier an dieser Stelle die schweizerische Regierung vertreten zu dürfen. Genugtuung, weil der beschrittene Beitrittsweg innen- wie aussenpolitisch ein beträchtliches Engagement voraussetzte; Freude, weil ich weiss, dass ich in Ihrem Gremium, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ein Land vertreten darf, das sich seit langem schon den Zielen und Massnahmen der Bretton Woods-Institutionen verpflichtet fühlt und nun, wie Sie, ganz dazugehört.

Unsere direkte Zusammenarbeit mit diesen Institutionen geht bis in die sechziger Jahre zurück und wurde im Verlaufe der letzten Zeit stets intensiver. Als Vollmitglied werden wir diese Zusammenarbeit weiter festigen. Wir werden uns dabei von der Ueberzeugung leiten lassen, dass nur der konstante Dialog, die ständige Suche nach breitabgestützten konsensualen Entscheiden Lösungen für die währungs-, wirtschafts- und entwicklungspolitischen Probleme bieten können.

Unterschiede in der wirtschaftlichen Lage und in den wirtschaftspolitischen Prioritäten der immer stärker miteinander verflochtenen nationalen Wirtschaften erzeugen ein Spannungsverhältnis, das uns noch lange zu schaffen machen wird. So sind die jüngsten Turbulenzen auf den Devisenmärkten lediglich Symptom tiefer liegender ökonomischer Ungleichgewichte. Ich bin überzeugt, dass solche Ungleichgewichte nur durch eine konsequente Stabilitätspolitik marktwirtschaftlicher Prägung beseitigt werden können. Dies gilt sowohl für die Industriestaaten als auch für die Entwicklungsländer und die Länder Mittel- und Osteuropas, die in einem schwierigen Uebergang zur Marktwirtschaft begriffen sind. Gerade in Sachen Finanzpolitik sollten wir Industriestaaten mit dem guten Beispiel vorangehen.

Der IWF hat bei der makroökonomischen Stabilisierung - einer zentralen Voraussetzung für ein dauerhaftes Wachstum - eine führende Rolle zu spielen. Fonds und Weltbank werden sich weiterhin dafür einsetzen müssen, dass Länder mit Zahlungsbilanzungleichgewichten, Anpassungsmassnahmen zu deren Beseitigung ergreifen, welche die Ueberbewertung einer Währung korrigieren, die Geldmengenerweiterung unter Kontrolle bringen und die Haushaltsdefizite einschränken. Länder, die sich durch die Prinzipien der guten Regierungsführung ("good governance") auszeichnen, sollten besonders unterstützt werden. Nach seinen Statuten setzt sich der IWF auch für einen liberalen internationalen Handelsverkehr ein, eine Zielsetzung, welche die aussenorientierte Schweiz in der Uruguay Runde des GATT mit allem Nachdruck unterstützt.

Ich bin mir bewusst, dass der Weg zum wirtschaftlichen Gleichgewicht und damit zum nachhaltigen ("sustainable") wirtschaftlichen Wachstum für kein Land einfach ist. Dies gilt ganz besonders für die neu mit marktwirtschaftlichen Verhältnissen konfrontierten Staaten in Mittel- und Osteuropa und der seit kurzem unabhängigen Republiken der früheren Sowjetunion. Ihnen gilt meine besondere Aufmerksamkeit, sind doch Mitglieder der schweizerischen Stimmrechtsgruppe einerseits Polen, mit dem wir lange traditionelle Beziehungen pflegen, andererseits Aserbaidschan, Kirgisien, Turkmenistan, Usbekistan und das Beobachtungsmitglied Tadschikistan. Ich habe meine Exekutivdirektoren im IMF und in der Weltbank ausdrücklich angewiesen, sich intensiv für die Integration dieser Länder in die Weltwirtschaft einzusetzen. Mit der finanziellen und beratenden Hilfe von IWF und Weltbank und der grossen Erfahrung dieser Institutionen bin ich überzeugt, dass der bereits eingeleitete Genesungsprozess erfolgversprechend durchgeführt werden kann.

Diese Hoffnung gründet nicht zuletzt auf der Tatsache, dass zahlreiche Länder der südlichen Hemisphäre bereits seit geraumer Zeit unumgängliche, einschneidende Strukturanpassungsprogramme unter Anleitung von IMF und Weltbank durchführen. Noch sind sie bei weitem nicht am Ziel, doch die jüngsten Resultate sind trotz der lauen Konjunktur in den Industriestaaten ermutigend und zeigen, dass die Zahl jener Länder ständig steigt, die nach Anpassungsprogrammen mit gestärkten volkswirtschaftlichen Strukturen hervorgehen.

Die Erfahrung hat aber auch gelehrt, dass die Anpassungsprogramme mit gravierenden sozialen Auswirkungen verbunden sein können. Dies kann weder im langfristigen Interesse der anpassenden Länder noch der die bittere Medizin verschreibenden Institutionen sein. Die Schweiz wird sich deshalb nachdrücklich dafür einsetzen, dass bereits bei der Erarbeitung der Programme die sozialen Kosten berücksichtigt werden und wo nötig sich für substantielle Auffangnetze ("social safety nets") aussprechen, welche komplementär zu

den Anpassungsmassnahmen einzusetzen sind und welche die ärmsten Bevölkerungsschichten vor nicht tolerierbaren Konsequenzen schützen. Nicht von ungefähr hat das schweizerische Parlament die Regierung gesetzlich verpflichtet, bei Entscheiden in den Bretton Woods-Institutionen, welche die Entwicklungsländer betreffen, die Grundsätze und Ziele der schweizerischen Entwicklungspolitik zu berücksichtigen. Diese Grundsätze setzen die Priorität auf die Verminderung der Armut, die Entwicklung der Randregionen, die Förderung von arbeitsintensiven Projekten und den Schutz und die Wiederherstellung des ökologischen und demographischen Gleichgewichts.

Es sind dies die Grundsätze die auch die Aktionen der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA) leiten. Die Kofinanzierungen mit der IDA waren deshalb schon früher, als die Schweiz noch nicht Mitglied der Weltbank war, ein sehr wichtiges Instrument der schweizerischen Entwicklungspolitik. Als IDA-Vollmitglied ist die Schweiz bereit, einen angemessenen Anteil an der 10. Wiederauffüllung zu übernehmen, der sich am schweizerischen Kapitalanteil bei der Weltbank orientiert. Sie erwägt auch, sich solidarisch an der Füllung einer allfälligen Finanzierungslücke zu beteiligen. In den Verhandlungen über die Wiederauffüllung von IDA hat sie sich als Mindestziel für eine Realwerterhaltung der während der nächsten drei Jahre zur Verfügung stehenden konzessionellen Ressourcen ausgesprochen.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, der Platz, den Sie der Schweiz in den Bretton Woods-Institutionen eingeräumt haben, aber auch der demokratisch gefällte Entscheid des schweizerischen Stimmbürgers zur Mitgliedschaft verpflichten: Platz und Volksentscheid verpflichten die Regierung, die ich vertrete, die noblen Ziele des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank mit Engagement anzustreben. Sie wird sich für deren Verwirklichung nach bestem Wissen und Gewissen einsetzen. Ich danke Ihnen.

SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT - AMBASSADE DE SUISSE  
AMBASCIATA DELLA SVIZZERA - AMBASCHADA DA LA SVIZRA  
WASHINGTON

FAX (202) 387 25 64 - TEL (202) 745 79 60

URGENT

TELEFAX	
Washington, den 22. September 1992 - 23:41 Uhr	
Empfänger:	
EFD - Informations- und Pressedienst Z.H. Frau Tille	
Ref. KN/	Seite 1 von 6 Seiten

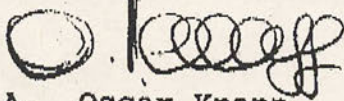
Erklärung von Bundesrat Stich

In der Beilage erhalten Sie einen Entwurf der Erklärung von Bundesrat Stich an der Jahresversammlung der Bretton Woods Institutionen in Washington. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Uebersetzung ins Französische veranlassen könnten und uns so rasch wie möglich die übersetzte Version faxen könnten.

Die endgültige Fassung der Intervention werden wir Ihnen rechtzeitig zukommen lassen. Die Sperrfrist wird Donnerstag, 24. September 18.00 Uhr Schweizer Zeit sein.

Mit freundlichen Grüßen und bestem Dank

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



i.A. Oscar Knapp